



AK Europa Frieden Internationales

## **Seminar zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union**

29.3.-30.3.2008, Wuppertal

**Ergebnisse**

<b>Inhaltsverzeichnis:</b>	<b>Seite</b>
1. Einleitung	3
2. Zusammenfassung der Vorträge	4
2.1 Heinz R. Miko: GASP/ESVP – Aktueller Überblick und jüngste Entwicklungen	4
2.2 Matthi Bolte: Die Ergebnisse der Friedenspolitischen Kommission	5
2.3 Bernhard Trautvetter: Die Diskussion um die europäische Militärpolitik und die Friedensbewegung	7
2.4 Sophia Reintke: Der die Politik der EU im Nahostkonflikt	9
3. Zukunftswerkstatt	11
3.1 Die Problemanalyse	11
3.2 Eine Vision für die Lösung des Israel-Palästina-Konflikts	13
3.3 Die Umsetzung	13
5. Stichwörterverzeichnis	14
6. Links	15

## **1. Einleitung**

Vom 29. März 2008 bis zum 30. März fand in Wuppertal ein Seminar des Arbeitskreises „Europa Frieden Internationales“ (EFI) der Grünen Jugend NRW zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union statt. Wir, insgesamt zwölf junge Menschen aus der Grünen Jugend, diskutierten mit Referenten aus der Bürokratie, der Politik und der Friedensbewegung militärische Engagements, außenpolitische Entscheidungen der EU und den Israel-Palästina-Konflikt. Ziel des Seminars war, einen Einblick in die europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu bekommen und die Auswirkungen des internationalen Engagements der EU zu beleuchten. Von vornherein war klar, dass dies innerhalb von zwei Tagen immer nur ansatzweise möglich sein konnte. Aber das Seminar hat geholfen, die zentralen Punkte der GASP zu behandeln, so dass es in Zukunft einfacher sein wird, sich mit dem Thema weiter zu beschäftigen.

In der Zukunftswerkstatt widmeten wir uns dann konkret dem Nahostkonflikt. Dabei wurde deutlich, dass dieser Konflikt noch komplizierter ist, als wir alle ohnehin schon geahnt hatten. Und nicht wenige waren nach der Zukunftswerkstatt noch skeptischer, ob ein baldiger und dauerhafter Frieden in der Region möglich ist.

Dieser Bericht soll die Erkenntnisse aus dem Seminar und der Zukunftswerkstatt zusammenfassen, um für uns selber eine Gedankenstütze zu haben und den Menschen, die an dem Seminar nicht teilgenommen haben, einen Einblick in das Thema zu geben.

## 2. Zusammenfassung der Vorträge

### 2.1 Heinz R. Miko: GASP/ESVP - Aktueller Überblick und jüngste Entwicklungen

*Heinz R. Miko arbeitet seit elf Jahren für die Europäische Kommission. Aktuell kümmert er sich in Bonn in der regionalen Vertretung der EU-Kommission um den Bereich Information und Kommunikation. Davor hat er neun Jahre in Brüssel in verschiedenen Positionen gearbeitet.*

Die politische Zusammenarbeit der Mitgliedsländer der europäischen Union geht auf die 1970er Jahre zurück. Mit der Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes hatte die EG nun auch gemeinsame Außengrenzen und es ergab sich dadurch ein Koordinierungsbedarf auch in der Außenpolitik. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde erstmals 1992 im Vertrag von Maastricht festgelegt und sollte die nationalen Politiken zu koordinieren helfen. Die Mitgliedsländer behielten aber alle Zuständigkeiten in diesem Bereich.

Doch für die EU besitzt nicht nur die GASP außenpolitische Relevanz, denn die EU beruht auf **drei Säulen**, wovon die GASP eine (namentlich die zweite) Säule darstellt. Die erste Säule der EU bildet der EG-Vertrag, der ein Kapitel zur „External action“ der EU besitzt. Die erste Säule hat einen supranationalen Charakter, d.h. die Mitgliedsstaaten haben bestimmte politische Zuständigkeiten an die EG delegiert. Der Vertrag regelt eigentlich innere Politikfelder, wie z.B. die Agrarpolitik oder Handelspolitik. Allerdings haben diese inneren Politiken häufig auch eine außenpolitische Dimension.

Die zweite Säule stellt wie gesagt die GASP dar und wird durch den EU-Vertrag bestimmt. Die Struktur dieser Säule ist intergovernmental, d.h. sie dient vor allem der Koordinierung der Politiken der Mitgliedsstaaten und der Zusammenarbeit der Regierungen. Die GASP-Säule befasst sich einerseits in der Außenpolitik mit Menschenrechten, der Förderung von Demokratien und der Erhaltung des Friedens und andererseits in der Sicherheitspolitik mit der Bewältigung von Krisen, der Rüstungskontrolle und der Verteidigungspolitik.

Die Grundlagen der GASP werden aktuell durch den **Vertrag von Lissabon** verändert. So bekommt die EU nach Abschluss der Ratifizierung **Rechtspersönlichkeit**. Sie kann also in Zukunft internationalen Abkommen beitreten. Dadurch werden diese Abkommen auch für die EU verbindlich und nicht nur für die einzelnen Mitgliedsländer. Außerdem wird es in Zukunft einen **Hohen Repräsentanten** für die Außen- und Sicherheitspolitik geben, der gleichzeitig Vizepräsident der EU-Kommission und Kommissar für Außenbeziehungen sein wird. Der Hohe Repräsentant wird unterstützt werden durch den neuen europäischen **Auswärtigen Dienst**. Dieser wird aus Diplomaten der Mitgliedsländern und aus Beamten aus dem Generalsekretariat des Rates und der EU-Kommission bestehen. Allerdings ist aktuell noch unklar, wie die Auslandsvertretungen der EU und der Mitgliedsländer koordiniert werden sollen.

Schließlich wird der künftige **Präsident des Europäischen Rates** eine Rolle in der Außenpolitik der EU spielen.

Die derzeitigen **Akteure** der GASP sind die Präsidentschaft der EU, die Mitgliedsstaaten, der Hohe Repräsentant und die EU- Kommission. Letztere besitzt auch die Kompetenz für die Abwicklung/Umsetzung und der Finanzierung der GASP aus dem EU-Budget.

Für die Umsetzung der GASP gibt es verschiedene Instrumente. Der Europäische Rat legt die Grundsätze und allgemeinen Richtlinien fest. Darüber hinaus gibt es gemeinsame Strategien, gemeinsame Standpunkte zu bestimmten Fragen (z.B. ob Sanktionen angedroht werden sollen) und gemeinsame Aktionen (z.B. Missionen).

Wie bereits erwähnt, wird die GASP durch den Europäischen Rat festgelegt. Dafür ist ein festgelegter **Entscheidungsweg** nötig, der mit den Ratsarbeitsgruppen beginnt. In diesen Arbeitsgruppen sitzen Fachleute und Beamte aus den Mitgliedsländern und besprechen die verschiedenen außen- und sicherheits-relevanten Fragen. Wann immer es keinen Konsens in einer Frage gibt, wird diese an die nächst höhere Instanz gegeben. Nach den Arbeitsgruppen folgen das politische und sicherheitspolitische Komitee und der „Ausschuss der Ständigen Vertreter II“. Unter dieser Bezeichnung kommen die stellvertretenden ständigen Vertreter der Mitgliedsländer bei der EU zusammen und besprechen die bis dahin offenen Fragen. Dieses Prozedere geht dann weiter zum Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen in dem die Außenminister der Mitgliedsstaaten sitzen und Beschlüsse fassen.

## 2.2 Matthi Bolte: Bericht der Friedenspolitischen Kommission

*Matthi Bolte studiert an der Universität Bielefeld Politikwissenschaft. Er ist seit 2002 Mitglied der Grünen Jugend und war seit 2006 Mitglied der Friedenspolitischen Kommission.*

Die Friedenspolitische Kommission hatte die **Aufgabe**, die rot-grüne Außenpolitik in den Regierungsjahren 1998 bis 2005 aufzuarbeiten. In diesen Jahren wurden viele Debatten zur Friedenspolitik sehr emotional geführt und so stand für die Kommissionsmitglied von Anfang an fest, den Bericht nach wissenschaftlichen Maßstäben zu verfassen.

Für die Erstellung des Berichtes wurden Interviews mit Politikern, Bundeswehrangehörigen und Wissenschaftlern geführt, sowie eine intensive Literaturrecherche betrieben.

Dabei kam die Friedenspolitische Kommission zu dem Ergebnis, dass das **Wahlprogramm 1998** kein Programm war, das man in Regierungshandeln hätte umsetzen können. So forderte die Magdeburger Bundesdelegiertenkonferenz, auf der das Wahlprogramm beschlossen wurde, unter anderem die Abschaffung der NATO, einen Benzinpreis von 5 DM und schloss die Entsendung von Soldaten ins Ausland kategorisch aus. Besonders strittig diskutiert und in der Öffentlichkeit als Nachweis mangelnder Regierungsfähigkeit gedeutet wurde die Ablehnung des SFOR- Einsatzes in Bosnien-Herzegowina.

Da bereits zu diesem Zeitpunkt Zweifel an der Umsetzbarkeit des Programms bestanden, nutzte ein Länderrat im Juni 1998 die Erstellung eines Kurzprogramms, um Anpassungen an die „politische Realität“ vorzunehmen.

Im **Koalitionsvertrag** zwischen SPD und Grünen mussten die Grünen Folge dessen viele Zugeständnisse machen. Interessant war der Beginn des Kapitels zur Außenpolitik mit dem Satz: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“, wobei man den Schwerpunkt der Außenpolitik im Gestalten der Globalisierung verstand.

Die **Vereinten Nationen** hatten in diesem Vertrag eine starke Stellung, galten sie doch als die höchste politische Instanz, auch wenn sie eine weniger prominente Stellung im Koalitionsvertrag hatten als im grünen Wahlprogramm.

Da sich SPD und Grünen bei der Haltung zu einem Sitz im Sicherheitsrat in ihren Programmen nicht einig waren, verständigte man sich auf die Formulierung, dass ein Sitz „erstrebenswert“ sei.

Auch wenn die Grünen einer europäischen Armee eine Absage erteilten, so wurde dennoch eine Schnelle Eingreiftruppe auf EU-Ebene aufgebaut.

Die **OSZE** hatte eine große Bedeutung für die Grünen und war auch relativ stark an die Grünen Forderungen angelehnt im Koalitionsvertrag vertreten. An dieser Stelle zeigt sich besonders, dass die Grünen in friedenspolitischen Fragen besonders da Erfolge erzielen konnten, wo die SPD nur über eine begrenzte Positionierung verfügte.

Im Jahr **2002** fiel die Erarbeitung des Grundsatzprogramms und des Wahlprogramms zusammen. Da das Grundsatzprogramm alles in allem weniger systemkritisch, als das vorherige war, färbte dies auch auf die Erstellung des Wahlprogramms ab. So konnte man das Wahlprogramm nachher besser in Regierungshandeln übertragen, da z.B. Forderungen wie die Abschaffung der NATO verworfen wurden.

Das 2002er-Wahlprogramm nahm die Debatte über die erste Legislaturperiode mit auf. Dies hatte zur Folge, dass aus dem Grundsatz der Gewaltfreiheit ein „Grundprinzip“ (in Abgrenzung zu den „Grundpositionen“, die andere klassische Grüne Themen behandelten) wurde. Man fühlte sich zur Gewaltfreiheit zwar verpflichtet, aber man erkannte auch, dass dies nicht immer möglich sein konnte.

Zur **Personalpolitik** der Grünen ist zu sagen, dass Joschka Fischer aufgrund seiner herausragenden Stellung in der Partei Minister werden sollte und trotzdem war die Besetzung nicht unumstritten. Dabei spielte die fachliche Eignung nur eine untergeordnete Rolle unter machstrategischen Überlegungen und der Rolle, die die handelnden Personen in der Grünen Geschichte spielten. Insgesamt lässt sich in den Regierungs- und Parlamentsämtern eine große Diskontinuität feststellen.

Beispielhaft zeigte das Verhalten der Bundesregierung im Vorfeld des **Kosovo-Krieges**, dass gerade zu Beginn der Rot-Grünen Regierungszeit der deutsche Einfluss in internationalen Organisationen sehr begrenzt war. So konnte die EU-Ratspräsidentschaft im Frühjahr 1999 nicht genutzt werden, um wichtige Entscheidungen in eine zivil-präventive Richtung zu verändern.

Die Friedenspolitische Kommission leitet aus der Aufarbeitung folgende **Empfehlungen** ab:

- Rüstungsexporte sollen transparenter werden; Deutschland sollte den Anspruch umsetzen, sich speziell auf EU-Ebene für restriktivere Kriterien für Waffenlieferungen einzusetzen.
- Die Bundeswehr soll eine Parlamentsarmee bleiben, die nur geknüpft an eine 2/3- Mehrheit im Bundestag eingesetzt werden darf.
- Es sollte reflektiert werden, was man von internationalen Organisationen hält.
- Die NATO soll in dieser Form abgeschafft werden.
- Die EU soll in der NATO und der VN geschlossen als Friedensmacht auftreten.
- Die OSZE soll gestärkt werden.

### **2.3 Bernhard Trautvetter: Die Diskussion um die europäische Militärpolitik und die Friedensbewegung**

*Bernhard Trautvetter ist Mitglied des Sprecherkreises des Essener Friedensforums (EFF) und Lehrer für an einer Berufsschule Sozialpädagogik. Er ist Experte für Friedenserziehung, Gewaltprävention und Schulentwicklung.*

Wenn man sich mit der Sicherheit der Menschen auseinandersetzen will, muss man bei den Bedrohungen für die Menschheit beginnen.

An erster Stelle stehen dabei die Bedrohungen durch Krieg und Gewalt. Aber auch Umweltkatastrophen und die Globalisierung, durch die die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft, stellen Bedrohungen für die Existenz der Menschheit dar.

Der Übergang zu einer Mediengesellschaft schuf seelische Verwahrlosung und psychische Krankheiten nehmen zu.

Dazu gesellen sich dann weitere Bedrohungen, die aus dem Konkurrenzkampf der Menschen und Ideologien wie dem Nationalismus, Fundamentalismus, Rechtsextremismus aber auch der Realpolitik entstehen.

Diese Gefahren sind auch der EU bekannt. So nannte Chavier Solana den Klimawandel einen „Bedrohungsmultiplikator“ für Konflikte um Ressourcen, Grenzstreitigkeiten und Instabilität u.a. mit zunehmender Migration und forderte eine Grenzverstärkung und polizeiliche und militärische Vorbereitungen zur Prävention – also Abschottung gegen den Klimawandel.

Gleichzeitig fordern NATO- Generäle, dass dem Militärbündnis die Möglichkeit eingeräumt wird, auch gegen Nichtatomwaffenstaaten Nuklearwaffen einsetzen zu dürfen.

Die Kapitalseite, deren Einfluss bei diesem Thema nicht unbedeutend ist, sieht vor allem Bedrohungen durch Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionalen Konflikten, Staatsversagen und den Aktivitäten der organisierten Kriminalität. Es werden deshalb EU-Gefechtsverbände gefordert, wobei bemängelt wird, dass bei den Mitgliedsstaaten der Wille fehlt, Mittel bereitzustellen.

Doch zurück zur EU. Bereits 1987 kam der Rat zu der Erkenntnis, dass „die Konstruktion eines vereinigten Europas unvollständig sein wird, solange sie nicht

Sicherheit und Verteidigung beinhaltet.“ Deshalb richtete man 2001 den EUMS ein. Dieser Militärstab soll gewährleisten, dass die EU eigenständige Militäroperation durchführen kann.

Beim Berlin-Tag am 30.1.2008 konnte Außenminister Steinmeier dann verkünden, dass die EU dank der 17 bislang durchgeführten EU-Missionen ein internationaler Akteur geworden ist. Und der NATO- Generalsekretär de Hoop Scheffer forderte, dass jede Organisation „ihre Fähigkeit ausbauen (sollte), [...] um zu einer ergänzenden Verbindung zu kommen.“

Besonders problematisch bei dem Aufbau einer europäischen Armee ist, dass diese auch Atomwaffen besitzt. Sowohl Großbritannien, als auch Frankreich planen ihr Atomwaffenarsenal zu modernisieren.

Die Entwicklungen in der Zukunft werden vor allem durch den neuen Vertrag von Lissabon geprägt werden. Der Vertrag beruht zu 90% auf dem von den BürgerInnen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnten Verfassungsvertrag – doch dies möchte man lieber nicht so laut zugeben. Man instrumentalisiert dort die Außenpolitik zur Wohlstandssicherung, was bedeutet, dass es um die Sicherung von Energieressourcen und Handelsströmen geht.

Darüber hinaus gibt es Ideen von einzelnen Menschen, dass z.B. sechs EU-Kernländer militärisches Kerneuropa bilden (Sarkozy) oder dass man sich eine Rollenverteilung mit der NATO überlegt (franz. Verteidigungsministerin Morin). Diese Rollenverteilung könnte so aussehen, dass die EU sich auf Afrika und die NATO sich auf Asien konzentriert. Und es gibt die schon relativ konkrete Planung für eine gemeinsame Eingreiftruppe mit 10 000 Mann, die jeweils von sechs „Kernstaaten“ der EU gestellt werden sollen.

Festzuhalten ist also, dass die Weichen bereits gestellt wurden, die EU zu einer Militärmacht werden zu lassen. In diesem Zusammenhang ist auch das stete Anschwellen an Rüstungsausgaben und Rüstungsexporten zu verstehen.

Die wachsenden Unsicherheiten weltweit bedingen, dass das Völkerrecht unbedingt einzuhalten ist. Andernfalls steigt die Gefahr, dass die Krisenmanager Konflikte in einer Spirale nicht mehr Herr werden. Jeder noch so kleine Schritt, der dem Völkerrecht nicht konsequent entspricht, ist deshalb nicht zu verantworten. Das betrifft nicht UNO- mandatierte Militäreinsätze genauso wie die Mischung von ISAF in Afghanistan mit der nicht UNO- mandatierten OEF, die durch die Mischung Völkerrecht verletzt.

## 2.4 Sophia Reintke: Die Politik der EU im Nahostkonflikt

*Sophia Reintke studiert an der Universität Köln VWL und ist seit 2006 Politische Geschäftsführerin der Grünen Jugend NRW. Sie war von 2006 bis 2007 EFI-Koordinatorin und ist Mitglied der Internationalen Vertretung der Grünen Jugend.*

Ein außereuropäischer Konflikt, der in Europa und der westlichen Welt auf mehr Aufmerksamkeit stößt als jeder andere, ist der Konflikt zwischen dem Staat Israel und seinen unmittelbaren (und mittelbaren) Nachbarn im Nahen Osten. Um den Konflikt zu verstehen, scheint es das Sinnvollste zu sein, zunächst einen kurzen historischen Abriss zu beginnen:

Zu den **geschichtlichen Hintergründen** zählt beispielsweise das erstarkende Nationalbewusstsein der europäischen Staaten Ende des 19. Jahrhunderts, woraus auch die zionistische Bewegung gespeist wurde und viele Jüdinnen und Juden das Bedürfnis verspürten, einen eigenen Staat zu haben. Die Auswanderung nach Palästina begann, damals noch in das Britische Mandatsgebiet, also schon lange vor Nazi-Deutschland und der Vertreibung und Ermordung der JüdInnen in Europa. Doch immer gab es dort Probleme, die allerdings erst offenbar wurden, als den Israelis und Israelinnen von der Weltgemeinschaft ein jüdischer Staat auf dem Gebiet Palästinas zugesagt wurde. So kam es dann auch, dass unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung des israelischen Staates arabische Militärverbände einmarschierten um dies zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Ein Waffenstillstandsabkommen, das daraufhin geschlossen wurde, sicherte zunächst den Status quo, allerdings konnte und kann von Frieden lange nicht die Rede sein. Im Sechs-Tage-Krieg 1967 eroberte die erstarkte israelische Militärmacht weite Teile der Palästinensergebiete und wurde Besatzungsmacht.

Wie sollte das palästinensische Volk auf die Besatzung reagieren? Militärisch, wirtschaftlich und politisch unterlegen, begann 1987 die erste Intifada, die eine erste große, gewaltsame Widerstandswelle der PalästinenserInnen darstellte. Zwischen zwischenzeitigen Waffenstillstandsabkommen, Friedensverhandlungen, die teilweise einfach unterbrochen wurden und erneuten Gewaltausbrüchen, die auch zu Terroranschlägen in Israel führten, stellt sich nun die Frage, wer das palästinensische Volk überhaupt vertritt und wer es im Moment führen kann. Wie soll in einer solchen Region Frieden geschaffen werden? Und welche Mittel hat die EU in den vergangenen Jahrzehnten genutzt?

Zunächst ist nun zu klären, weshalb die EU sich in diesen außereuropäischen Konflikt einmischen sollte.

Wie schon oben angesprochen, war das Gebiet Palästinas lange Spielball der **europäischen Kolonialmächte**, die hier immer wieder die für sie günstigsten Konstellationen nutzen um ihre Interessen zu verteidigen. Hierzu zählt zum Beispiel, die Erlaubnis der Briten Jüdinnen und Juden ansiedeln zu lassen, so lange das Empire nicht darauf erpicht war, sie unbedingt auf der Insel zu halten oder die gezielte Förderung europäischer Lebensweise im Nahen Osten gegen das besiegte Osmanische Reich zu etablieren. Die Weltkriege und die dort gefahrene Politik sind mit der historischen Verantwortung ebenso gemeint. Der **Holocaust** verpflichtet natürlich insbesondere die Bundesrepublik, aber auch andere europäische Nationen, die nicht früh genug energisch genug eingeschritten sind, mit Verantwortung. Die Art wie die Staatsgründung Israels abgelaufen ist, sozusagen ohne Kenntnisnahme der

palästinensischen Interessen hatte ebenfalls verheerende Folgen, sowie der Umgang mit dem Nahen Osten während des Kalten Krieges.

Neben der politischen Verantwortung, trägt die EU auch **ökonomische Verantwortung**. Als Wirtschaftsmacht im Mittelmeerraum ist sie für die Entwicklung der Anrainerstaaten verantwortlich. Auch militärisch ist sie natürlich an einer stabilen Situation in der unmittelbaren Nachbarschaft der Region interessiert,

Neben anfänglich noch sehr verschiedenen Positionen nach dem Sechs-Tage Krieg, bemühte sich Europa zunehmend mit einer Stimme zu sprechen, obwohl dies natürlich aufgrund der vielen unterschiedlichen Interessen in der Region häufig schwierig ist. Die Bildung des Arabisch-europäischen Dialogs soll zur Verbesserung der Kommunikation mit den Arabischen Staaten führen, was allerdings eher der Ölkrise denn des Nahostkonflikts geschuldet ist. 1980 erkennt die EU aber dann in der Erklärung von Venedig erstmalig ein Selbstbestimmungsrecht der PalästinenserInnen und die PLO als deren offizielle Vertreterin an. Ab 1993 wird offiziell eine Zwei-Staaten Lösung von der EU für die Region befürwortet, allerdings auch ein Existenzrecht und –sicherung des israelischen Staates.

Neben der zentralen Ebene in der GASP wird Nahostpolitik auch mit Hilfe des Barcelona Prozesses (Globalkonzept, welches nicht vorrangig den Konflikt lösen soll, aber zu besserer Zusammenarbeit in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht beitragen soll), mit Direkthilfen an palästinensische Flüchtlinge, mit Außenwirtschaftspolitik, humanitärere Hilfe und internationaler Diplomatie gemacht. Es gibt auch einen Sonderbeauftragten der EU für den Nahost-Friedensprozess 1996, Miguel Angel Moratinos, der mit allen möglichen AkteurInnen in Kontakt stehen und vermitteln soll.

In der Berliner Erklärung von 1999 erklärt die EU ihre Bereitschaft, einen palästinensischen Staat anzuerkennen. Seit 2002 nimmt sie als eines von vier Mitgliedern am Nahostquartett teil, dessen Erfolg momentan aber eher fraglich ist.

Deutlich geworden ist, dass es höchst schwierig ist, die verschiedenen Einzelinteressen der EU Mitglieder auf einen Nenner zu bringen. Geschieht dieses jedoch und ist es möglich mit einer Stimme – vielleicht in mehreren Tonlagen, aber doch mit einer – so ist das Gewicht und der Einfluss der EU wesentlich höher als eine Summierung der Einzelstaaten.

### 3. Zukunftswerkstatt

In der Zukunftswerkstatt haben wir uns erst mit den Problemen im Nahen Osten beschäftigt. Unabhängig davon haben wir uns im Anschluss daran gefragt, wie denn der Idealzustand in der Region aussehen kann und als dritten Schritt wollten wir uns überlegen, welche Maßnahmen notwendig sind, um von der Realität zur Verwirklichung der Idealvorstellung zu kommen.

#### 3.1 Die Problemanalyse

##### Sicherheit

Wenn wir an die Probleme des Nahen Ostens denken, denken wir zu erst an das Sicherheits- und Gewaltproblem. Und außer Frage steht, dass dies das dringlichste Problem der Region ist. Ursache der Gewalt ist der Extremismus in der israelischen und in der palästinensischen Bevölkerung. Dieser führt von Seiten der Palästinenser zu Terroranschlägen und den Beschuss israelischer Städte durch Kassam- Raketen. Israel wiederum versucht dem mit der Präsenz von Militär in den Palästinenser-Gebieten (Gaza-Streifen und Westjordanland) entgegenzuwirken, nimmt dabei aber in Kauf einseitig die Palästinenser zu diskriminieren. Die ungeheure Vielzahl an Kontrollen beeinträchtigt das Leben der Palästinenser gravierend. Das wirtschaftliche Leben geriet so schon vor geraumer Zeit ins Stocken.

##### Soziale und ökonomische Aspekte

Durch die desaströse wirtschaftliche Lage verschärft sich die Kluft zwischen den Armen und Reichen in der Region zunehmend, was wiederum den Extremismus befördert. Während Israel ein entwickeltes Land mit einem mit europäischen Ländern vergleichbaren Pro Kopf- Einkommen ist, leben laut Angaben der CIA 46% der Palästinenser unter der Armutsgrenze.

Jedoch fördert diese Ungleichheit nicht nur den Extremismus, sondern auch ein demographisches Problem. Hält der derzeitige demographische Trend an, dass deutlich mehr Palästinenser als Israelis geboren werden, so wird es in ca. 10 Jahren zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan deutlich mehr Palästinenser als Israelis geben – und das obwohl die Fläche, die heute der Palästinensischen Autonomie unterliegen, deutlich kleiner ist, als die Fläche Israels.

Schon heute gehören die palästinensischen Gebiete zu den am dichtesten besiedelten Gebieten der Erde. Daraus resultieren weitere Konflikte, u.a. gibt es Ängste auf der israelischen Seite, gegen eine Übermacht an PalästinenserInnen irgendwann nicht mehr bestehen zu können. Und völlig unberücksichtigt bleibt dabei noch, dass laut UNRWA- Angaben 3,7 Mio palästinensische Flüchtlinge in den Nachbarstaaten Israels leben, die eventuell auf eine Rückkehr hoffen.



Doch auch Israel kämpft um Platz. In den letzten Jahren (besonders nach 1989) kamen viele MigrantInnen nach Israel. Dadurch und durch eine ebenfalls natürlich

wachsende Bevölkerung braucht Israel Platz, doch ist die Staatsfläche nicht überall besiedelbar – man denke da vor allem an die Wüste Negev. Dies ist ein Grund, warum Israel Siedlungen im Westjordanland baut. Es ist klar, dass dies keinen befriedenden Effekt auf den Nahostkonflikt hat.

### **Kulturelle und religiöse Probleme**

Durch den Umstand, dass die Palästinenser auch nach mehr als 60 Jahren keinen eigenen Staat haben, kommt es zu Identitätsproblemen, die zu einer Spaltung der PalästinenserInnen führt. Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen kämpfen um Einfluss in dem Konflikt, was den Druck auf die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) erhöht. Sichtbarstes Beispiel ist der Verlust an Einfluss der PA auf den Gaza-Streifen, in dem aktuell die extremistische Hamas regiert.

Festzuhalten ist auch, dass ein nicht-politischer Kontakt (z.B. kulturell oder wissenschaftlich) zwischen Israelis und Palästinensern zu wünschen übrig lässt. Beide Gruppen kennen sich nicht gut und können sich deshalb auch nur schwer in die Lage des anderen hineinversetzen. Doch für die Lösung des Problems ist Empathie für den anderen unerlässlich.

Neben all diesen Problemen gibt es einen Vielzahl an weiteren Problemen, wie z.B. der Verteilung der Wasserressourcen, deren Lösung ohne eine Lösung des Nahostkonflikts äußerst schwierig ist.

### **Das Ausland**

Bis hier hat dieser Text nur den Konflikt auf israelisch-palästinensischer Ebene beleuchtet. Es gibt aber im Nahostkonflikt noch zwei weitere Ebenen: die regionale und die globale. Sowohl die Nachbarländer, als auch die USA, EU (allen voran



Großbritannien, Frankreich, Deutschland) und Russland greifen in den Konflikt ein. Die Schwierigkeit dabei ist, dass alle Länder irgendwie bereits in dem Konflikt verwickelt sind. Die USA, die als Schutzmacht Israels auftreten, die Briten, deren Protektorat die Region in der ersten Hälfte des 20. Jhd.

war, die Deutschen aufgrund ihrer Geschichte, und Russland, aus dem viele Juden nach 1989 nach Israel gegangen sind und das im Kalten Krieg Länder wie Syrien unterstützte. Dies alles führt dazu, dass es keine normalen Beziehungen zu diesem Konflikt gibt und das hat die Folge, dass es keine einheitliche Politik der anderen Staaten im Nahostkonflikt gibt. Selbst innerhalb der EU fällt es häufig schwer, eine gemeinsame Politik zu finden, die den Politiken der Mitgliedsländern nicht

entgegensteht. Das Ausland verspielt dadurch viele Chancen, in den Konflikt hilfreich einzugreifen.

### **3.2 Eine Vision für die Lösung des Israel-Palästina-Konflikts**

Auch wenn einige TeilnehmerInnen Probleme bei einer Zwei-Staaten-Lösung gesehen haben, so hielten wir die Co-existenz eines palästinensischen mit einem israelischen Staat für grundlegend, um Frieden und Stabilität in der Region zu gewährleisten. Aus heutiger Sicht ist es einfach zu schwer vorstellbar, dass in einem Staat zusammen findet, was eigentlich nicht zusammen will. Deshalb sind wir für zwei demokratische, rechtsstaatliche und friedliche Staaten, in dem jede Gruppe sich um ihre eigenen Probleme kümmern kann.

Wir möchten ein friedliches Zusammenleben von Arabern und Juden in der Region, welches durch Akzeptanz der jeweils anderen geprägt wird. Die Freiheit vor Diskriminierung soll gewährleistet sein, sowohl was die Diskriminierung der verschiedenen Ethnien, als auch die der Geschlechter betrifft. Dafür ist ein ständiger Dialog zwischen den Ethnien Voraussetzung.

Dauerhafter Frieden ist auch nur möglich, wenn die Ressourcen (Raum und Wasser) gerecht verteilt sind und ökologisch-nachhaltig genutzt werden.

Und zum Schluss halten wir eine gemeinsame Nahostpolitik der USA, EU und Russlands zusammen mit den Nachbarländern der Konfliktregion für notwendig, die sich ernsthaft mit der Lösung des Problems beschäftigt – ohne eigene Interessen zu verfolgen.

### **3.3 Die Umsetzung**

Zu der Frage der Realisierung unserer Vision sind wir in der Zukunftswerkstatt leider nicht mehr gekommen. Allerdings arbeiten wir im Wiki der Grünen Jugend an diesem Punkt weiter. JedeR ist herzlich eingeladen, sich auf der Seite <http://wiki.gruenejugend.de/index.php/Nahost-Zukunftswerkstatt> einzubringen.

## **5. Stichwörterverzeichnis für das GASP-Seminar:**

### **Civilian Response Teams (CRT)**

CRTs sind schnell verlegbare zivile Einsatzkräfte, die unmittelbar nach Beendigung von Kampfhandlungen in ein Krisengebiet entsandt werden können.

### **CIVPOL**

Die Abkürzung steht für „Civilian Police“. Die CIVPOL wird von Polizistinnen und Polizisten aus verschiedenen Ländern gebildet, die nach Beendigung von Konflikten den Wiederaufbau in der ehemaligen Krisenregion unterstützen soll.

### **EG**

Europäische Gemeinschaft

### **Erweiterter Sicherheitsbegriff**

Der erweiterte Sicherheitsbegriff oder auch umfassende Sicherheitsbegriff ist eine Bezeichnung, die im Bereich der Sicherheitspolitik gebraucht wird und neben militärischen auch politische, ökonomische und ökologische Probleme im weltweiten Maßstab berücksichtigt.

### **ESVP**

Die Abkürzung steht für „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“ Die ESVP ist ein Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU.  
EUMS

### **GASP**

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

### **Good Governance**

Der Begriff bezeichnet gute Regierungsführung, also ein gutes Steuerungs- und Regelungssystem einer politisch-gesellschaftlichen Einheit wie Staat oder Gemeinde.

### **Lessons Learned**

Ein Fachbegriff des Projektmanagements, beziehungsweise des Wissensmanagements. Er bezeichnet das systematische Sammeln, Bewerten, Verdichten und die schriftliche Aufzeichnung von Erfahrungen, Entwicklungen, Hinweisen, Fehlern, Risiken etc., die in einem Projekt gemacht werden und deren Beachtung/Vermeidung sich unter Umständen als nützlich für zukünftige Projekte erweisen könnte.

### **NRT – Atomwaffensperrvertrag**

Der NRT ist ein internationaler Vertrag, der das Verbot der Verbreitung und die Verpflichtung zur Abrüstung von Kernwaffen sowie das Recht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zum Gegenstand hat. Er wurde von den fünf Atommächten USA, Russland, Frankreich, Großbritannien und Volksrepublik China und mittlerweile von 184 Staaten ohne Atomwaffen unterzeichnet. Lediglich vier Nationen sind derzeit nicht Mitglied: Indien, Israel, Pakistan und Nordkorea.

## **OSZE – Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**

Diese Organisation entstand 1995 aus der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie hat 56 Mitglieder. Ihr Ziel ist es, den Frieden zu sichern und zerstörte Regionen wieder aufzubauen. Sie wird von vielen in Konkurrenz zur NATO gesehen.

### **Paraphierung**

Meint in etwa: *Unterzeichnung*. Ein paraphierter Vertrag ist aber noch nicht gültig.

### **Ratifizierung**

Damit ein paraphierter Vertrag völkerrechtlich gültig wird, muss er ratifiziert werden. Dies geschieht in der Regel durch das Parlament.

### **Responsibility to protect**

Unter diesem Schlagwort wird eine ethische und moralische Verantwortlichkeit der internationalen Staatengemeinschaft, vornehmlich der UN, gegenüber Staaten und ihrer politischen Führung bezeichnet, die innerhalb ihres Territoriums die Kriterien von >Good Governance entweder nicht erfüllen können oder wollen.

### **Weißbuch**

Ein Weißbuch ist eine Sammlung mit Vorschlägen zum Vorgehen in einem bestimmten Bereich. Die von der Europäischen Kommission veröffentlichten Weißbücher enthalten Vorschläge für ein gemeinschaftliches Vorgehen in einem bestimmten Bereich. Sie knüpfen zum Teil an Grünbücher an, die einen Konsultationsprozess auf europäischer Ebene in Gang setzen. Das Weißbuch der Bundeswehr dient dazu die Aufgaben der Bundeswehr für die kommenden Jahre festzulegen und daraus Schlussfolgerungen für Personalstand, Ausrüstung und Ausbildung der Soldaten zuziehen.

### **Zionismus**

Zionismus ist die Bezeichnung für eine während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandene jüdische National-Bewegung, die sich für die Wiedererrichtung eines eigenen jüdischen Staates in Palästina einsetzte.

### **Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB)**

Bei Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB) werden bewusst nicht-militärische Mittel eingesetzt, um gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden, beizulegen und nachzusorgen. Dabei sollen die Konfliktparteien aktiv in die Suche nach angemesseneren Lösungen einbezogen werden.

## **6. Links:**

[www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de)  
[www.weltpolitik.net](http://www.weltpolitik.net)  
[www.iss.europa.eu](http://www.iss.europa.eu)

[www.aktion-europa.diplo.de](http://www.aktion-europa.diplo.de)  
[www.civpol.ch](http://www.civpol.ch)  
[www.consilium.europa.eu](http://www.consilium.europa.eu)